

Tabak-Arbeiter

Nr. 36 / Bremen, den 6. Septbr. 1924

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der monatliche Bezugspreis beträgt vierzig Goldpfennig ohne Bringerlohn. — Redaktionsschluss Montag abend. — Verantwortl. Redakteur: F. Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, R. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. S. Schmalfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20 I, Telefon: Amt Roland 8048. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Bremen, An der Weide 20 I. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. — Verbandsauschuß: L. Schoene, Hamburg, Besenbinderhof, Zimm. 45/46.

Am 6. September ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Tagung der Verbandsvertreter.

Der Dresdener Verbandstag im Jahre 1922 war gut beraten, als er, einem Antrage des Vorstandes folgend, den Verbandsbeirat schuf, der zur Erledigung wichtiger und dringender Organisationsangelegenheiten herangezogen wird. In einer Organisation, die eine solche Fülle von Aufgaben zu bewältigen hat wie der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, macht es sich doch von Zeit zu Zeit erforderlich, daß die berufenen Vertrauensleute der Mitglieder zusammentreten, um gemeinsam mit der Verbandsleitung zu beraten, was im Interesse der Tabakarbeiter und ihrer Organisation geschehen muß. Wenn im vorigen Jahre der Verbandsbeirat nicht in dem Maße in Wirksamkeit treten konnte, wie es vorgesehen war und notwendig gewesen wäre, so ist das ausschließlich auf die schlechte Finanzlage der Organisation, hervorgerufen durch die Geldentwertung und die Wirtschaftskrise, zurückzuführen gewesen. An Betätigungsmöglichkeiten für den Verbandsbeirat hätte es nicht gefehlt.

Für die diesmalige gemeinsame Tagung des Vorstandes, Ausschusses, Beirates und der Gauleiter des Verbandes am 31. August in Bremen war wiederum ein reichhaltiger und wichtiger Beratungstoff vorhanden. Galt es doch Stellung zu nehmen zu den Lohnbewegungen in der Tabakindustrie, zum geplanten Volksentscheid über den Achtstundentag und zu den Anträgen, die der Dresdener Verbandstag dem Beirat zur Erledigung überwiesen hatte. Außerdem mußte die Frage geklärt werden, ob die Voraussetzungen vorhanden sind, um die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverbande wieder einführen zu können. Alles Dinge, deren Beratung dringlich war, und die wohl ein Zusammentreten der Vertrauensleute der Mitglieder erforderten.

Gleich von vornherein soll bemerkt werden, daß die Verhandlungen zu jeder Zeit und nach jeder Richtung hin sachlich waren und von einem kameradschaftlichen Geiste getragen wurden. Das war auch dann zu verzeichnen, wenn die Meinungen der Tagungsteilnehmer nicht übereinstimmten. Jeder versuchte die Gründe des anderen zu würdigen und war überzeugt, daß auch derjenige, der eine andere Ansicht vertrat, das Beste der Organisation wollte. In diesem Geiste sollten immer und überall die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewegung ausgetragen werden. Es würde natürlich zu weit führen, wenn wir die Ausführungen eines jeden Redners, der im Verlaufe der Tagung zu Worte gekommen ist, auch nur skizzieren wollten. Wir müssen uns damit begnügen, ein allgemeines Bild von den Verhandlungen, den dabei zutage getretenen Ansichten und den gefaßten Beschlüssen zu geben.

Zunächst gab der Kollege Deichmann einen eingehenden Bericht über den bisherigen Verlauf der in der vorigen Beiratsitzung eingeleiteten Lohnbewegung in der Zigarrenindustrie. An diesen Bericht schlossen sich Ausführungen des Kollegen Susung über den Stand der Lohnbewegung in der Rauchtobak- und Schnupftobakindustrie. Die Aussprache über die Lohnbewegungen in der Tabakindustrie, wobei natürlich auch die Lohn- und Tarifverhältnisse in der Zigaretten- und der Rauchtobakindustrie einer Betrachtung unterzogen wurden, war reger und nahm fast einen halben Tag in Anspruch. Schon darin zeigt sich, welche Bedeutung die Redner diesem Punkte der Tagesordnung beimessen. Einig waren sich alle Teilnehmer der Tagung in der Beurteilung der Verschleppungspolitik und der bisherigen ablehnenden Haltung der Unternehmer. Ebenso einig waren sie sich in dem Bestreben, alle erfolgversprechenden Mittel in Anwendung zu bringen, um eine für die Tabakarbeiterbestimmte Regelung der Lohnfrage herbei-

zuführen. Dabei wurde auch die Frage erörtert, ob es nicht ratsam sei, besonders in der Rauchtobak- und Schnupftobakindustrie, an die Stelle zentraler Lohnvereinbarungen örtliche oder bezirkliche treten zu lassen. Die übergroße Mehrheit der Redner vertrat jedoch die Meinung, daß der zentralen Lohnregulierung nach wie vor der Vorzug zu geben sei. Dazu gehöre aber auch eine größere Aktivität der Tabakarbeiter selbst. Unter allen Umständen müßten die Bestrebungen einzelner Unternehmer, die Zeit der Krise zu einer Verschlechterung der tariflich festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, abgewehrt werden. Die Lage der Tabakarbeiter sei so trostlos, daß nichts unversucht gelassen werden dürfe, um eine Erhöhung der unzulänglichen Löhne herbeizuführen. In der Sache selbst wurde einmütig beschlossen, nach Verständigung mit den beiden anderen Tabakarbeiterorganisationen sofort an den vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichter heranzutreten, damit die vertagten Verhandlungen über die Lohnfrage in der Zigarrenindustrie auf dem schnellsten Wege wieder aufgenommen werden. Die Lohnverhandlungen in der Rauchtobak- und Schnupftobakindustrie finden, wie aus einer Mitteilung an anderer Stelle dieses Blattes hervorgeht, am 4. September in Würzburg statt.

Mit einem reichen Zahlenmaterial versehen, sprach sodann der Kollege Krohn über die Möglichkeit — oder richtiger gesagt, Unmöglichkeit —, jetzt und in der nächsten Zeit die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbandsverbande wieder einführen zu können. Das Material des Kollegen Krohn war so umfangreich und für die Beurteilung der finanziellen Verhältnisse des Verbandes so wertvoll, daß wir es in einem besonderen Artikel in der nächsten Nummer dieses Blattes zur Kenntnis der Mitglieder bringen werden. In der Aussprache über das Referat des Kollegen Krohn wurde nicht nur geprüft, ob und wann es möglich sei, die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverbande wieder zur Einführung gelangen zu lassen, sondern es wurde auch die grundsätzliche Frage erörtert, ob der Verband überhaupt Arbeitslosenunterstützung zahlen sollte. Eine Minderheit der Tagungsteilnehmer vertrat den Standpunkt, daß es nicht Aufgabe des Verbandes sei, Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, das sei Sache des Staates. Alle irgendwie verfügbaren Gelder müßten dem Kampffonds zugeführt werden und für Agitation Verwendung finden. Demgegenüber stellte sich die Mehrheit der Verbandsvertreter auf den Standpunkt, daß der Kampfcharakter des Verbandes durch eine Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung nicht beeinträchtigt werde. Die staatliche Erwerbslosensfürsorge, die mit Recht wiederholt scharf kritisiert wurde, sei so unzulänglich, daß schon aus diesem Grunde die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverbande zur Einführung gelangen müsse. Mancher Berufsangehörige, der heute der Organisation noch fernstehe, könnte dadurch gewonnen werden und auch die Beitragsleistung würde sich sowohl in der Höhe wie auch in der Menge verbessern. Einmütigkeit herrschte jedoch darüber, daß bei der jetzigen Finanzlage des Verbandes und bei der jetzigen Beitragsleistung der Mitglieder an eine Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung nicht zu denken sei. Ebenso wenig gab es Meinungsverschiedenheiten darüber, daß eine Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung nicht auf Kosten des Kampffonds des Verbandes geschehen dürfe und Mittel für die Agitation bereitgestellt werden müßten. Sollte die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverbande wieder zur Einführung gelangen, dann sei es erforderlich, daß die Mitglieder sich bereit erklären, für eine längere Zeit höhere Beiträge zu zahlen, ehe mit der Auszahlung der Unterstützung begonnen wird. Um festzustellen, ob diese Bereitschaft vorhanden ist, soll in den Mitglieder-versammlungen in der Frage der Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung Stellung genommen werden. Sobald eine Klärung der Meinungen in dem Mitgliederkreise einge-

treten ist, werden die berufenen Körperschaften des Verbandes endgültig über die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung entscheiden. Grundsätzlich haben sich die am 31. August in Bremen versammelten Verbandsvertreter mit großer Mehrheit für die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung entschieden, wenn die oben genannten Voraussetzungen gegeben sind. Anregungen, auch noch andere Unterstützungszweige einzuführen oder wieder einzuführen, fanden keine Gegenliebe.

Nach dem Referat des Kollegen Krohn erstattete der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Schoene (Samburg), den Revisionsbericht. Da die Kassführung zu Beanstandungen keinen Anlaß gab, wurde dem Kassierer auf Antrag des Ausschusses einstimmig Entlastung erteilt. In seinen Ausführungen wies der Kollege Schoene darauf hin, daß die in den Zahlstellen liegenden Verbandsgelder übermäßig hoch seien. Dadurch hätte der Verband wesentliche Zinsverluste. Wir tragen einem Wunsche des Ausschusses und des Verbandskassierers Rechnung, wenn wir die Zahlstellenverwaltungen auch an dieser Stelle aufordern, alle überschüssigen Gelder sofort nach Bremen zu senden. Im Zusammenhang mit dem Revisionsbericht des Ausschusses möchten wir gleich bemerken, daß der Kollege Krohn den Verbandsvertretern auch mitteilte, wo die Gelder des Verbandes angelegt sind. Einwendungen gegen die auf diesem Gebiete getroffenen Maßnahmen wurden nicht erhoben.

In der nächsten Nummer dieser Zeitung werden wir über die Beratung und Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung berichten.

Die Bedeutung des Genossenschaftswesens.

H. Für die erdrückende Mehrzahl der Konsumvereinsmitglieder erschöpft sich die Bedeutung des Genossenschaftswesens in den nicht zu bestreitenden, unmittelbaren wirtschaftlichen Vorteilen, die die Mitgliedschaft bei der Konsumgenossenschaft bietet und welche durch die Inflationsperiode des Jahres 1923 nur vorübergehend eingeschränkt worden sind. Eine auch nur gedankliche Vorstellung von der volkswirtschaftlichen, sozialen und schließlich kulturellen Bedeutung des Genossenschaftswesens im allgemeinen und der Konsumgenossenschaften im besonderen findet nicht statt; woher es auch kommen mag, daß die gegenwärtigen schweren finanziellen und wirtschaftlichen Bedrängnisse derselben als Ausfluß der allgemeinen Wirtschaftslage des deutschen Volkes einem geradezu krassen „Unverstand der Massen“ begegnen, die ihren eigenen genossenschaftlichen Unternehmungen nicht einmal das von ihren Verwaltungen angeforderte Minimum an Betriebskapital und Umsatz leisten, welches für die wirtschaftlichen Leistungen der Genossenschaften in der Vorkriegszeit unumgänglich erforderlich ist.

Macht es schon diese immerhin erstaunliche Tatsache notwendig, über die Bedeutung des Genossenschaftswesens grundlegende Aufklärung zu schaffen, so in noch viel höherem Maße die grundsätzliche Seite der Frage, welche eben aus ihrer Bedeutung resultiert und die geeignet ist, vor allem die Konsumgenossenschaften selbst in ihrer lediglich wirtschaftlichen Erscheinung als die in die Praxis umgesetzte und „konstruktive Idee des Sozialismus“ zu erkennen.

Die ökonomische Bedeutung der Konsumgenossenschaften wurzelt in der wirtschaftlichen Kräftekonzentration vor allem der auf Lohn und Gehalt angewiesenen Verbrauchermassen. Darüber hinaus aber zeigt die heutige organisatorische Struktur derselben, daß die Mitgliedschaft bei den Konsumgenossenschaften auch die Kreise erfährt, die zur Produzentengruppe gehören, deren Verbraucherinteresse jedoch in gleichem Maße bei den Konsumgenossenschaften gewahrt ist, wie das der Lohn- und Gehaltsempfänger. Neben den Arbeitern und Angestellten, Beamten und freien Berufsangehörigen bilden allmählich die selbständigen Gewerbetreibenden und kleinen Landwirte einen nicht unbeträchtlichen Teil der konsumgenossenschaftlichen Organisationen, in denen man je länger je mehr die wirtschaftlichen Volksgenossenschaften erblicken muß, die der zukünftigen Volkswirtschaft ihren Stempel aufprägen werden.

Daß damit nicht zuviel gesagt und jede perspektivische Ideologie vermieden ist, beweist die Tatsache, daß schon Karl Marx und mit ihm die erste Arbeiterinternationale (Genfer Konferenz 1864) der Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Umwälzung der Gesellschaft, zwar nicht parteipolitisch zugeordnet, aber als logische Entwicklung ihres Wesens zugeordnet haben. Dies ist von Karl Marx in seiner Inaugural-Adresse an den 1. Internationalen Arbeiterkongreß, nachdem er den Kampf und Erfolg der englischen Gewerkschaften

um den Feiertag aus dem „Sieg eines Prinzip“ glorifiziert hatte, wie folgt geschehen:

Doch ein noch größerer Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals stand bevor. Wir sprechen von der Genossenschaftsbewegung, namentlich von den genossenschaftlichen Fabriken, die einige kühne „Hände“ ohne jede Beihilfe errichteten. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug geschätzt werden. Durch die Tat statt durch Argumente haben die Arbeiter bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vor sich gehen kann ohne die Existenz einer Herrenklasse, die eine Klasse von „Händen“ anwendet, daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über den Arbeiter und als Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst; daß wie die Sklavenarbeit, wie die Leibeigenschaft, so auch die Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, die bestimmt ist zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Wert mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichem Herzen verrichtet.

Eine von dem Kongreß einstimmig angenommene Entschließung besagt denn auch in ihrem ersten Absatz:

Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegenstände beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.

Die Entschließung empfiehlt nun, sich eher auf Produktivgenossenschaften einzulassen, eine Tatsache, die beweist, daß mit Ferdinand Lassalle auch Karl Marx die Produktivgenossenschaften als die „Krönung des Gebäudes der Genossenschaftsbewegung“ (Auspruch von Schulze-Delitsch) ansah. Und wenn nun die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung der Konsumgenossenschaften das umgekehrte Bild geschaffen hat, so beweist dies nur, daß man eben vor 80 Jahren den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht auch in dieser organisations-technischen Einzelheit voraussehen konnte. Eine Tatsache, die im Hinblick auf neuzeitliche Prophezeihungen immerhin zu allerlei Nachdenklichkeiten Veranlassung geben muß.

Die Produktivgenossenschaften sind immer der schwächste Zweig der Genossenschaftsbewegung geblieben, und ein Teil von ihnen mußte in die Unternehmungen der Konsumgenossenschaften eingegliedert werden, um sie vor gänzlichem Verfall zu bewahren.

Auders die Konsumgenossenschaften. Aus genossenschaftlichen Warenverteilungsorganisationen sind Betriebskonzentrationen entstanden, die praktisch zeigen, daß die Organisation des Konsums die beste Grundlage für die Regelung der Produktion bildet. Die Marx'sche „Risiko-prämie“ des Kapitals wird ausgeschaltet, weil die kombinierte Konsum- und Produktivgenossenschaft nur für den inneren (Mitglieder-) Markt arbeitet, der Bedarf durch den Konsum erfasst ist und dadurch der Ueberfluß an Produktion ausscheidet. — Dieser Tatsache vermag auch die privatwirtschaftliche Konkurrenz gegen die Konsumgenossenschaften keinen Abbruch zu tun, denn die Erfahrung hat bereits tausendfach bewiesen, daß die auf dem organisierten Konsum aufgebaute Produktion infolge der Ausscheidung einer Reihe von Unkostenfaktoren — Risiko-prämie, Kapitaleinkommen, Reklame usw. — der privatwirtschaftlichen Produktionsweise unbedingt überlegen ist.

Daraus ergeben sich die schon von Karl Marx gezogenen logischen Folgerungen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften ganz von selbst.

Für die Gewerkschaftsbewegung und ihre Mitglieder kann es sich heutzutage mehr denn je nur darum drehen, ihre Handlungen jenen Folgerungen anzupassen; Handlungen, die in einer vorbehaftlosen ideellen, organisatorischen und materiellen Förderung der Konsumgenossenschaften bestehen müssen. Was eine um so angenehmere und verdienstlichere Aufgabe ist, als sie dazu nach dem eigenen und augenblicklichen Bedürfnis und wirtschaftlichen Vorteil dient.

Vor allem aber: Die Förderung der Konsumgenossenschaften ist Dienst an der Gemeinwirtschaft, am wirtschaftlichen Sozialismus, der die Volkswirtschaft der Zukunft sein wird.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten 1,14.

Was bedeutet die Indexzahl 1,14? Nun, sie bedeutet, daß man der deutschen Bevölkerung und vor allen Dingen der Arbeitnehmerschaft statistisch nachzuweisen versucht, daß die gegenwärtigen Lebenshaltungskosten gegenüber der Vorkriegs-

zeit nur um 14 Prozent gestiegen sind. Die Arbeitnehmerschaft hat von jeher nicht allzuviel Vertrauen zu derartigen statistischen Erhebungen gehabt, denn gewöhnlich war mit diesen Zahlen nicht viel anzufangen; doch jetzt, wo diese Indexziffer nicht nur den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, sondern bei Streitfällen auch den Schlichtungsausschüssen als Unterlage dient, muß sie anders als in der Vorkriegszeit bewertet werden.

Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, wo der Arbeiter wieder seinen Leibriemen von Tag zu Tag enger schnallen muß, wo man wieder beobachten kann, wie die Hausfrauen auf die fortwährende Preissteigerung schimpfen und trotzdem verfrucht — vor allen Dingen der Arbeiterschaft — statistisch nachzuweisen, daß eine Verteuerung nicht eingetreten ist — die Reichsindexziffer beträgt nach wie vor 1,14 Billionen.

Die Arbeiterschaft, erbittert über die unzulänglichen Löhne, stellt Forderungen durch ihre Organisationen auf Lohnerhöhung infolge der Preissteigerung, und prompt wird diese Lohnforderung abgelehnt mit der Begründung, die Indexzahl ist doch dieselbe geblieben. Trotzdem die Arbeitgeber diese Preissteigerung selbst an eigenen Leibe verspüren, verschließen sie sich den Tatsachen und lehnen — da die Indexziffer nicht gestiegen ist — jede Lohnforderung ab. Dasselbe Theater spielt sich vor dem Schlichtungsausschuß ab.

Wie ist es denn nur möglich, daß die Reichsindexziffer nicht höher bewertet wird? Sehen wir uns einmal die Kleinhandelspreise vom Statistischen Amt der Stadt Breslau an, die an das Reichsstatistische Amt in Berlin weitergegeben werden, so wird uns einleuchten, daß eine derartige Errechnung nie zugunsten der Arbeiterschaft ausfallen kann. Der durchschnittliche Friedens-Kleinhandelspreis wird für Breslau in der „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 11 und 15. Jahrgang 1924 wie folgt angegeben:

Nahrungsmittel für 1 kg	April 1914 (in Mk.)	Juli 1914 (in Mk.)	Differenz im Friedenspreis
Roggenbrot	0,24	0,26	0,02
Weizenmehl	0,32	0,36	0,04
Graupen	0,36	0,42	0,06
Erbisen	0,40	0,46	0,06
Speisebohnen	0,42	0,44	0,02
Mohrrüben	0,11	0,15	0,04
Rindfleisch	1,51	1,60	0,09
Margarine	1,58	1,66	0,08
Zucker	0,48	0,52	0,04
Eier (Stück)	0,06	0,08	0,02
Steinkohle (Ztr.)	1,21	1,22	0,01

Würde man bei den Preisen vom April 1914 geblieben sein, so müßte in den Reichsindex die Verteuerung, d. h. die Differenz zwischen den Friedenspreisen April-Juli 1914, hineingenommen werden. Da man sich aber ausgerechnet den Monat Juli 1914 — wo die Preise durch die Kriegsgefahr beeinflusst waren — als Maßstab ausgesucht hat, so wird diese, d. h. die wirkliche Verteuerung von der Indexberechnung nicht erfaßt; ja, auf diese Weise wird die Sache so hingestellt, als wenn für verschiedene Artikel gar keine Preiserhöhung eingetreten wäre, im Gegenteil, als wenn wir heute z. B. Brot, Weizenmehl, Graupen, Erbsen, Bohnen usw. billiger zu kaufen bekämen als vor dem Kriege. Es ist ein großer Unterschied, ob ich die Preissteigerung bei einem Anzug in der Weise berechne, daß er vor dem Kriege 20 oder 40 Mark gekostet hat, bei ersterem würde sich bei heutigem Preis von 50 Mark eine Preissteigerung von 30 Mark, bei letzterem eine solche von nur 10 Mark ergeben. In derselben Weise wird uns die Lebenshaltung „berechnet“, woraus kein Arbeitnehmer einen Vorteil, ja, nur einen Nachteil haben kann. Es ist überhaupt ein Unding, den Maßstab der Friedenspreise nach einem einzigen Monat zu bemessen — am allerwenigsten beim Monat Juli 1914. Will man ein klares Bild über den Friedenspreis erhalten, so muß die Preisbewegung aller zwölf Monate des Jahres 1913 berücksichtigt werden, und erst dann würden wir zu einem richtigen Durchschnitts-Friedenspreis kommen. Daß die Indexzahl so niedrig bemessen ist, liegt nur daran, daß die Friedenspreise zu hoch in Ansatz gebracht werden.

Es ist daher im Interesse der Arbeiterschaft erwünscht, daß sich der ADGB für diese Art Statistik interessiert, daß auch seinerseits Errechnungen vorgenommen werden; andererseits aber verlassen wir uns nicht allzuviel auf derartige Statistiken, sondern schließen wir uns den Gewerkschaften an, haben wir Vertrauen zur eigenen Kraft, dann — dann haben wir eine Macht — die uns durch keine Statistik gegeben oder genommen werden kann.

Lohn- und Tarifbewegungen.

Aus der Zigarrenindustrie.

Eine „Richtigstellung“ der Firma Hautog u. Heuer.

Die Firma Hautog u. Heuer in Bremen, die über die Anprangerung ihrer Handlungsweise nicht besonders erbaut ist, schickt uns ein Schreiben, das eine Richtigstellung unserer Darlegungen im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 34 sein soll. In Wirklichkeit ist es jedoch nur eine Bestätigung unserer Angaben, denn die Firma bestreitet nicht, die von uns veröffentlichten Vereinbarungen mit Tabakarbeitern getroffen zu haben. Das einzige, was sie zu ihrer Entschuldigung anführt, ist, daß das erwähnte Arrangement ein „Selbstvorschlag der Arbeitnehmer“ sei. Mag sein, daß einzelne Arbeiter in ihrer Not mit einem solchen Vorschlag an die Firma herantreten sind, um Arbeit zu bekommen. Aber was wäre damit bewiesen? Doch höchstens, daß die Firma Hautog u. Heuer sich nicht geschämt hat, die grenzenlose Notlage der Tabakarbeiter zu ihrem Vorteil auszunutzen; denn eine anständige und tariftreue Firma hätte sich auf einen solchen Vorschlag gar nicht eingelassen. Daran ändert auch die gemündene Erklärung der Firma nichts, daß im großen und ganzen (?) die Löhne haben sofort fast restlos (?) zur Auszahlung gelangen können. Wenn die Firma dann am Schlusse ihres Schreibens sagt, hier (wie so oft) habe sich gezeigt, daß Unregungen der Arbeitnehmer selbst in der Praxis wertvoller seien als solche der Arbeiterführer, so mag das vom materiellen Standpunkt der Firma Hautog u. Heuer aus betrachtet durchaus richtig sein. Die Arbeiterführer haben nämlich andere Aufgaben, als die Geizhalsinteressen der Firma Hautog u. Heuer zu vertreten und den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen.

Wie im übrigen die „Richtigstellung“ der Firma Hautog u. Heuer zu bewerten ist, dafür mögen die nachstehend angeführten Tatsachen einige Anhaltspunkte bieten. Der Betriebsrat der einen in Betracht kommenden Filiale erklärte uns schriftlich, daß er der Firma nie ein Angebot im Sinne der von uns veröffentlichten Vereinbarungen unterbreitet hat. Ein von ihm im Auftrage der Arbeiterschaft gemachter Vorschlag, eine 50 prozentige Kurzarbeit einzuführen, ist von der Firma H. u. S. abgelehnt worden. Dem ADGB berichtet die Firma H. u. S., daß eine schriftliche Abmachung in dieser Angelegenheit nicht besteht. Sie verheimlicht aber, daß die schriftlichen Vereinbarungen, wie sie von uns veröffentlicht worden sind, tatsächlich bestanden haben. Erst nachdem diese Vereinbarungen durch unsere Zeitung öffentlich bekannt wurden, sind sie von der Firma H. u. S. vernichtet worden. Der ADGB wäre zu bedauern, wenn ihn alle Mitglieder so „zuverlässig“ informieren würden, wie die Firma Hautog u. Heuer es getan hat.

Aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie.

Verhandlungen am 4. September.

Das Drängen der Tabakarbeiterverbände hat dazu geführt, daß Rauchtabak- und Schnupftabakverband zu Verhandlungen am 4. September nach Würzburg eingeladen haben. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen werden wir in der nächsten Nummer dieses Blattes berichten.

Internationale Tabakarbeiterbewegung.

Die Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter in der tschechoslowakischen Republik im Jahre 1923.

Unsere tschechoslowakische Bruderorganisation hat ihren Jahresbericht für 1923 veröffentlicht. Ueber die Kassenverhältnisse wird berichtet, daß im Jahre 1923 eine Einnahme von 303.518,93 Kronen zu verzeichnen war, der eine Ausgabe von 297.327,50 Kronen gegenüberstand. Der Kassenbestand betrug am Jahresschluß 145.420,42 Kronen. Der Mitgliederstand sank von 4475 am Ende des Jahres 1922 auf 4368 am Ende des Jahres 1923. Im deutschen Teile der Tabakarbeiterschaft besteht außerdem noch eine christlich-soziale Organisation mit ungefähr 1300 Mitgliedern und eine nationalsozialistische Organisation mit ungefähr 500 Mitgliedern.

Im Jahre 1923 wurden die Wahlen in die Betriebsausschüsse der Tabakfabriken durchgeführt. Die Zahl der Betriebsausschußmitglieder in jeder Fabrik beträgt je nach der Zahl der Arbeiter 6–10. Die Gesamtzahl aller in den Fabriken gewählten Betriebsausschußmitglieder beträgt 165. Hiervon entfallen auf unseren deutschen Bruderverband 42 Mitglieder, auf unseren tschechischen Bruderverband 54 Mitglieder, zusammen 96 Mitglieder, auf die tschechischen und deutschen Christlichsozialen 35, auf die tschechischen Nationalsozialisten 20, auf die deutschen Nationalsozialisten 6 Mitglieder.

Gewählt wurde in 19 Fabriken. Die Mitglieder der Ortsbetriebsausschüsse wählen den Zentralbetriebsausschuß. Dieser besteht aus 9 Mitgliedern. Für diese Wahlen haben die deutschen und tschechischen freien Gewerkschaften die Listen gekoppelt. Es wurden somit gewählt: 3 tschechische und 3 deutsche Freigewerkschaftler, 2 Christlichsoziale und 1 tschechischer Nationalsozialist. Die deutschen Nationalsozialisten fielen für die Wahlen in den Zentralbetriebsausschuß durch.

Einen längeren Raum nimmt der Bericht über Lohnbewegungen ein. Unternehmer ist der Staat. Das Finanzministerium als der Vertreter des Staates ist in bezug auf die Handlungen gegen die weibliche Arbeiterschaft noch viel schlimmer als eine Unternehmerorganisation. Schiedsgerichte und Tarifämter bestehen nicht. In Lohnstreitigkeiten ist der Ortsbetriebsausschuß zuständig. Für gerichtliche Austragungen von rechtlichen Ansprüchen muß das Gewerbegericht angerufen werden. Auf einer Konferenz in Landskron wurde der Beschluß gefaßt, die für die Tabakregie bestehenden Ortsbetriebsausschüsse umzuwandeln nach dem Betriebsausschußgesetz zu dem Zwecke, damit die Einrichtung der Schiedskommissionen für die Tabakarbeiter eingeleitet werde. Dieser Beschluß der Arbeiterschaft wurde der Zentralkommission der Tabakregie überreicht, aber noch nicht erledigt.

Ein Verbandstag fand am 6. September 1923 statt. — Die Gewerkschaft gibt in einer Auflage von 5000 Stück ein Fachblatt heraus unter dem Titel: „Fachblatt für die Interessen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten der Tabakregie der tschechoslowakischen Republik“. Für die Mitglieder der Pensionisten-Sektion wird ein nicht periodisch erscheinendes Informationsblatt herausgegeben.

Rundschau.

Die Frauen und der Friede.

Zwei Wege stehen uns offen; den einen, der zu Krieg und Hunger führt, haben die Nationen schon beschritten, der andere ist der Weg, den die Arbeiterbewegung vorzeichnet. Er führt zu Frieden und Nahrung. Die Mütter können zur Verzierung des Weges zum Frieden viel beitragen. Wir dürfen nicht nur gegen den Krieg sein; wir müssen auch eine aufbauende Politik der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und Müttern aller Länder anstreben. Die Idee der Mutterpflicht muß nicht nur ein Gefühl sein, sondern sich in dauernder Zusammenarbeit der Völker in der Produktion und dem Austausch von Gütern und Kenntnissen kundgeben. Sie muß eine internationale Wirklichkeit werden und die Grundlage zur Ueberleitung des Nationalismus zu einer internationalen Einheit der Arbeiter aller Länder.

D. Marion Phillips, Sekretärin der Frauenabteilung der Britischen Arbeiterpartei.

„Christliche“ Arbeitnehmervertretung.

1. Erwerbslosenfürsorge. Die Deutschnationalen beantragten im Reichstag, die Grundbeträge der Unterstützungssätze für Erwerbslose bestehen zu lassen und nur die Familienzuschläge zu verdoppeln, d. h. also, daß sie die ohne ihre Schuld Erwerbslos gewordenen mit Beträgen unterstützen wollen, die ungefähr auf der Höhe der Armenunterstützung stehen, obwohl die Unterstützungsgelder fast zur Hälfte von den Arbeitnehmern aufgebracht werden. — Wir weisen darauf hin, daß in der Deutschnationalen Partei elf Vertreter der „christlichen“ Gewerkschaften sitzen.

2. Arbeitszeit. Die Deutschnationalen beantragten im Reichstag: „Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Vorlage des Washingtoner Abkommens zur Ratifizierung zu unterlassen und die Mitgliedschaft Deutschlands im Internationalen Arbeitsamt in Genf angesichts der dort dauernd geübten Brückierung der deutschen Sache zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.“ Die Deutschnationalen wollen also vom Achtstundentag und von Sozialpolitik überhaupt nichts wissen und sagen deshalb dem Internationalen Arbeitsamt den Kampf an. — In der Deutschnationalen Partei sitzen elf Vertreter der „christlichen“ Gewerkschaften!

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Schon heute versuchen die Unternehmer und ihre Spudizier die Welt begreiflich zu machen, daß eine Arbeitszeitverlängerung aus wirtschaftlichen Gründen notwendig gewesen wäre und in Zukunft erst recht notwendig sei. Wie es in Wirklichkeit mit den „wirtschaftlichen Gründen“ bestellt ist, beweist am besten ein geheimes Rundschreiben der Reichsleitung der deutschen Arbeitgeberverbände vom 20. Mai d. J., in dem es heißt:

Mit Bezug auf die zur Lösung der Arbeitszeitfrage im Jahre 1922 getroffene Vereinbarung über die Arbeitszeitverlängerung ist uns die Frage vor-
gelegt worden, in welchem Umfang die Arbeitszeitverlängerung der Arbeiter

sprüche betreffend Arbeitszeitverlängerung insofern in der Praxis durchgeführt werden, als die Arbeitgeber von ihrem Recht, eine längere Arbeitszeit zu fordern, tatsächlich Gebrauch machen. Es scheint uns zwar nicht richtig, denjenigen Industrien, die eine neue Regelung über längere Arbeitszeit erreicht haben, einen allgemeinen Vorwurf zu machen, wenn sie nicht in vollem Umfange auch von dem Recht einer längeren Arbeitszeit Gebrauch gemacht haben, denn vielfach sind die Auftragsverhältnisse nicht derart, daß ein Werk auch bei entsprechend verringerter Arbeiterzahl mit größerer Wirtschaftlichkeit länger arbeiten läßt.

Deshalb haben wir von vornherein ja Wert darauf gelegt, daß die allgemeine Regelung der Arbeitszeitfrage auch in Gruppen mit zurzeit schlechter Konjunktur vorgenommen wird, um die Frage jedenfalls gelöst und dadurch Vorfrage dagegen getroffen zu haben, daß die Gewerkschaften sich gegen die Arbeitszeitverlängerung mit Hinweis auf die Verhältnisse in der oder jener Industrie wenden.

Insofern hatte und hat die Verarbeitungsindustrie die Pflicht, vor allem die jetzt in schweren Kämpfen um die Arbeitszeitverlängerung stehende Rohstoffindustrie auch gerade in dieser Frage durch entsprechendes eigenes Vorgehen zu unterstützen und den Rohstoffarbeitern die Möglichkeit zu nehmen, eine längere Arbeitszeit mit Hinweis auf die viel bequemereren Verhältnisse in der Verarbeitungsindustrie abzuschließen.

Für völlig falsch haben wir von Anfang an den Gedankengang erklärt, es dürfe die Arbeitszeitverlängerung erst dann in Frage kommen, wenn keine Arbeitslosen mehr da seien. Wer mit solchen Erwägungen den grundsätzlichen Auseinandersetzungen in der deutschen Wirtschaft um die Mehrarbeit zunächst aus dem Wege geht, macht sich die sozialistische Auffassung zu eigen, daß Arbeitsstreckung durch Kurzarbeit eine sozial wirkende Maßnahme wäre. Wenn ein Arbeitgeber heute die Verlängerung der Arbeitszeit ablehnt oder zurückstellt, weil er für die gleiche Belegschaft keine Beschäftigungsmöglichkeit über den Achtstundentag hinaus hätte, so bedeutet dies nichts anderes als Streckung der nötigen Arbeitszeit auf acht Stunden täglich.

Also nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern des Prinzips wegen wird eine Verlängerung der Arbeitszeit gefordert. Das sollte der Arbeiterschaft und den Betriebsräten ganz besonders Veranlassung geben, in jedem Falle genau zu prüfen, ob wirklich ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, wenn die Unternehmer Ueberarbeit verlangen. In der Tabakindustrie kann bei der jetzigen Arbeitslosigkeit und bei der jetzigen Wirtschaftslage Ueberarbeit mit wirtschaftlichen Bedürfnissen überhaupt nicht begründet werden. Deshalb muß überall, selbstverständlich unter Beachtung der tariflichen Bestimmungen, auf eine Befreiung etwa noch gemachter Ueberarbeit gedrängt werden.

Verbandsteil.

Gesucht werden:

Ein tüchtiger Werkmeister (möglichst ledig), der mit allen vor-
kommenden Arbeiten und den Maschinen vollkommen vertraut ist, für
Rauchtabakfabrik nach Ballendar. Nachfragen bei Wilhelm Müll-
ler, Köln-Nippes, Gellertstraße 5.

Folgende Gelder sind eingegangen:

2. August: Ahle 60.—
8.: Hamburg 250.—
22.: Ohlau 130.— Jülichau 11.40.
23.: Burg 19.50. Hanau 25.— Jastrow 70.— Kellinghusen
40.— Orjow 125.— Penig 20.— Pirna 100.— Rendsburg 60.—
Sprottau 80.— Ulm 120.— Oberbauerschaft 26.80. Bingen 100.—
25.: Tschöe 68.— Fr. Oldendorf 89.50. Woltersdorf 15.—
Bischofsverda 80.— Geldern 50.— Hameln 50.— Heidenheim
100.— Waldheim 1000.— Hagenbach 9.92. Seiffenmehrsdorf 600.—
Hildesheim 100.—
26.: Speyer 90.— Ahle 21.70. Mannheim 100.— Wallen-
brück 34.10. Wansen 70.—
27.: Minden 100.— Kl.-Steinheim 40.— Hamburg 100.—
Rüppur 30.— München 2000.— Dresden 500.— Dahme 170.—
Neudamm 150.— Königsberg 70.— Zeitz 17.— Ronneburg 15.—
28.: Hohenheim 130.— Unteröwisheim 50.— Neumarkt 50.—
Neuhäusel 20.— Hagen 25.— Gärlich 100.— Mittweida 150.—
29.: Kl.-Schmalkalden 50.— Rehme 100.— Rahden 30.—
30.: Bremen 120.—
31.: Köln 200.— Nordhausen 200.— Contra 50.83. Leipzig 200.—
B r e m e n , 2. September. J. K r o h n .

Gestorben sind:

- Am 25. Juli die Sortiererin Frieda Gerlach, 17 Jahre
alt (Zahlst. Gießen).
Am 29. Juli die Paderin Henriette Humbroich,
56 Jahre alt (Zahlst. Berlin).
Am 7. August die Paderin Meta Humbroich, 21 Jahre
alt (Zahlst. Berlin).

Ehre ihrem Andenken!

Das Bild der klagenden Hände.

Alljährlich büßen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen bei der Erwerbsarbeit gesunde Gliedmaßen ein, ziehen sich für längere Zeit schmerzhaft Verletzungen zu, verlieren für lange Zeit, unendlich viele für ihr ganzes Leben, ganz oder teilweise ihre Arbeitskraft oder tragen wohl gar den Tod davon.

An den Opfern der Arbeit gehen die Menschen in der Regel achtlos vorüber. Nur verhältnismäßig wenige denken überhaupt daran, daß das Erwerbsleben Opfer fordert, die die Gesamtheit zu Taten verpflichten.

Nur manchmal, wenn mit einem Schläge eine größere Anzahl Menschenleben vernichtet werden, wird vorübergehend größeres Interesse geweckt, und es regt sich das öffentliche Gewissen. Zu Taten, die imstande sind, Berufsunfälle zu vermeiden oder erheblich einzuschränken, schwingt es sich aber nicht auf. Es beruhigt sich meist schon nach ganz kurzer Zeit und glaubt, mit Hergabe von Geld und alten Sachen für die Opfer der Arbeit und ihre Hinterbliebenen genug getan zu haben. Einzelunfälle werden kaum beachtet.

Dabei wird gerade durch sie in jedem Jahre unendlich viel Lebenskraft vernichtet. Im Jahre 1921 sind rund 500 000 Berufsunfälle gemeldet worden. Davon verliefen 6400 Fälle tödlich, und in 17 000 Fällen war die Folge dauernde Erwerbsunfähigkeit.

Die öffentliche Meinung ist allzu leicht geneigt, den durch Unfälle bei der Arbeit verletzten oder zu Tode gekommenen Männern und Frauen die Schuld daran zuzuschreiben. Unachtsamkeit und Betrunktheit bei der Arbeit wird nicht selten als die hauptsächlichste Ursache für Betriebsunfälle angenommen, und wer über die Leidenswege informiert ist, die Unfallverletzte oder Hinterbliebene von durch Unfall getöteten Menschen oftmals gehen müssen, um in den Genuß der schmalen Unfall- oder Hinterbliebenenrente zu gelangen, weiß, eine wie große Rolle diese Gründe bei den Berufsgenossenschaften spielen.

Nun lassen sich in der Tat Unfälle auf Betrunktheit und Unachtsamkeit zurückführen. Nicht oft und eindringlich genug

kann deshalb die Arbeiterschaft zu größter Achtsamkeit ermahnt werden. Ganz besonders notwendig ist es, die jugendlichen Arbeitskräfte auf die Gefahren der Arbeit an Maschinen aufmerksam zu machen. In jedem Jahre verunglücken nämlich jugendliche Arbeitskräfte durch tatsächliche Unachtsamkeiten, ja durch Spielereien, z. B. Schaukeln und Fahren auf Treibriemen und durch Betätigungen anderer Art, die nicht zur Arbeit gehören.

Weibliche Arbeitskräfte verunglücken manchmal dadurch, daß sie mit ihren Haaren, mit ihren Köcken, mit offenen Ärmeln, Schürzen, Haarschleifen, Ketten usw. an Maschinenteilen hängen bleiben und in das Getriebe hineingerissen werden. Deswegen ist es durchaus angebracht, auch darauf hinzuweisen, daß die Arbeit an Maschinen zur Beachtung von Vorsichtsmaßnahmen in der Kleidung zwingt. Die Unfallgefahren sind für die Verletzten und ihre Angehörigen oftmals so schwerwiegend, daß alles getan werden muß, um Unfälle zu vermeiden.

Es wäre aber unverantwortlich, für eine größere Anzahl Unfälle den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben eine Schuld zuzuschreiben. Wer in Betrieben mit Unfallgefahren gearbeitet hat, der weiß, ein wie großes Unrecht man mit solcher Behauptung den betreffenden Männern und Frauen tut. Wer in Betrieben mit Unfallgefahren gearbeitet hat, kennt auch die Ursachen von Betriebsunfällen und weiß, daß eine sehr große Rolle in dieser Beziehung der Art der Beschäftigung zuzurechnen ist, und daß die Zahl der Unfälle erheblich eingeschränkt werden könnte, wenn die Akkordarbeit an gefährlichen Maschinen verboten werden würde und wenn die Arbeitszeit so bemessen und geregelt wäre, daß keine Uebermüdung bei der Arbeit eintritt.

Wieviele Unfälle sind nicht schon dadurch herbeigeführt worden, daß im Akkord arbeitende Männer und Frauen schnell noch einmal zugegriffen haben, um ein verrutschtes Blatt Papier, ein Stück Metall, Holz usw. zurechtzurücken, ohne die Maschine anzuhalten. Die Maschine anhalten, bedeutet ja Einbuße an Verdienst, bedeutet auch, wenn es öfter vorkommt, Entlassung, denn der Betrieb behält ja nur solche Arbeitskräfte, die jede Minute auch richtig ausnutzen. Tausendmal und öfter ist es auch geglückt; alle machen es. Daß damit eine Gefahr

Der Fluch im Leben des Arbeiters.

Von Henry W. Revinson.

Als ich an einem sonnigen Tag im letzten Herbst am Armenhaus von S. Ives in Huntington vorüberritt, sah ich auf hölzernen Bänken, im Angesicht ihres Gefängnisses und eingeschlossen von seiner Rundmauer, etwa fünfzig oder mehr Männer sitzen. Große, starke Gestalten, die meisten jung oder in mittlerem Alter, in anständiger Haltung, viele von ihnen nachdenklich, ja intelligent aussehende Menschen. Sie saßen dort nahe beieinander, aber in einer Art von Befäubung, vor allem in einem Schweigen, das auffallend wirkte. Im Schweigen, denn — was sollten sie sagen? „Rings umher liegt eine Erde, rufend: Komm, grabe mich um, komm — ernte von mir. Und wir — sitzen hier verzaubert.“ In den Augen und auf den Stirnen dieser Männer lag ein düsterer Ausdruck, nicht von Verger, sondern von Kummer und Scham, von mannigfadem, unaussprechlichen Elend und Müdigkeit. Sie erwiderten mein Hinschauen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an! Wir sitzen hier gefesselt — wir wissen nicht warum. Die Sonne scheint, die Erde ruft — und die herrschenden Mächte und Unmächte verbieten uns zu gehorchen. Sie sagen uns, es sei unmöglich.“ — In all dem lag etwas, das mich an Dantes Hölle erinnerte und ich ritt schnell weiter.

So schrieb Carlyle vor 80 Jahren in der Zeit einer Wirtschaftskrise. Ich kann mir keine schrecklichere und keine zutreffendere Beschreibung der „Arbeitslosen“ vorstellen. Alles wird uns gezeigt: die Befäubung, das Schweigen, die Düsternheit, der Kummer, die Scham, die unausgesprochene Qual und Müdigkeit, die gefesselte Ohnmacht — als ob die Menschen unter einem Höllenfluch ständen! Und doch sind es Männer „von anständiger Haltung, einige von ihnen nachdenklich, ja intelligent aussehend“ — die umsonst die Mächte und Unmächte dieses Landes anrufen. Durchforscht Statistiken bis an euer Lebensende, taucht unter in astronomische Ziffern der Arbeitslosigkeit, baut Zahlenkolonnen auf nach Beschäftigungsarten und Distrikten, errechnet die Prozentsätze bis zum letzten Knaben

und Mädchen — nie werdet ihr ein treffenderes und ergreifenderes Bild der Arbeitslosen gewinnen als dieses! „Eine Art von Urlaub.“ „O, aber,“ meint der gute alte Volkswirtschaftler. „Carlyle schrieb in einer Zeit der Umstellung der Produktion, und in solchen Zeiten muß naturgemäß eine Anzahl von „Händen“ von der Arbeit ausgeschaltet werden. Aber diese werden sehr bald in anderen einträglichen Beschäftigungszweigen aufgenommen, und so neigt Arbeitslosigkeit immer zum Schwinden.“ Ich habe diesen wissenschaftlichen Prozeß einmal verfolgt, als einige Eisenwerke in Süd-Staffordshire geschlossen wurden. Einige der „Hände“ wurden von einer Irrenanstalt der Grafschaft „aufgenommen“, andere vom Armenhaus, wieder andere vom Friedhof; der andere stand auf der Brücke über dem Kanal, starrte auf die alten Arbeitsstätten und spuckte ins Wasser. Nicht die Arbeitslosigkeit neigte zum Schwinden, sondern der Arbeitslose neigte zum Untergang.

„Ja, aber,“ rufen ihrerseits die modernen Volkswirtschaftler. „Arbeitslosigkeit ist doch jetzt tatsächlich im Abnehmen. Die Ziffern der Statistik beweisen das doch. Im Vergleich zu denen vor zwei Jahren sind sie nur halb so hoch. Außerdem ist dann noch die Rente, wir meinen die Versicherung mit Zuschlägen und Ergänzungen. Die Rente erhält den Arbeitslosen lebendig und zufrieden. Sie dient als Damm gegen die Revolution, wie sie die weniger glücklichen Länder heimsucht. Außerdem — diese Arbeitslosen sind doch nicht das ganze Jahr hindurch dieselben Leute. Viele, die eine Zeit Rente bezogen, versuchen wieder Arbeit zu finden, oft mit Erfolg. Die Zwischenzeit ist eine Art von Urlaub — durchaus den Ferien von uns wohlhabenden Leuten zu vergleichen.“

Ich weiß selbstverständlich, daß eine ganze Anzahl wohlhabender Leute ganz zufrieden von einer „Rente“ leben, nicht nur während ihrer jährlichen Ferien von einem Monat, sondern während der ganzen Ferien, die ihr Leben ausmachen. Diese ganze Menschenklasse kann tatsächlich arbeitslos genannt werden, und ihre Rente stammt aus erbten Kapitalsanlagen, aus

verbunden ist, vergift man ja auch nur allzu leicht bei ~~Man~~ sich soundsooft in der Minute, in der Stunde, am Tage, im Jahre usw. immer wiederholenden, sich immer gleichbleibenden Handgriffen an vielen Maschinen. Wer ständig an die Gefahr denken würde, die die Arbeit mit sich bringt, könnte ja gar nicht an Maschinen arbeiten.

Und doch ist es auch wieder nötig, sich und andere daran zu erinnern, denn an den Folgen von Unfällen trägt die Arbeiterschaft zu schwer.

Die Akkordarbeit mit ihren in der Regel so niedrigen Stücklöhnen, die, wie die Erfahrungen gezeigt haben, meist noch gekürzt werden, wenn ein den Durchschnittslohn erheblich übersteigender Verdienst in einzelnen Fällen dadurch erzielt worden ist, läßt die Arbeiterschaft auch nicht selten zur Beseitigung von Schutzvorrichtungen. Das ist natürlich nicht gutzuheißen, ist aber zu verstehen. Im Akkord arbeiten, heißt eben in der Regel: hasten, so weit dies nur irgend möglich ist.

Deshalb muß es immer wieder gesagt werden: wer die Unfallgefahren in den Betrieben vermindern will, der muß für die Beseitigung des Akkordsystems eintreten, das die Arbeiterschaft dazu treibt, Leben und Gesundheit nicht zu achten, wenn sie einen Verdienst erzielen will, von dem sie leben kann.

Daß ein langer Arbeitstag die Unfallgefahren erhöht, ist schon oft bewiesen worden. Wiederholt schon ist festgestellt worden, daß die Unfallgefahr bzw. die Zahl der Unfälle steigt mit der Länge des Arbeitsages. Die Beibehaltung bzw. Wiedererringung des Achtstundentages ist deshalb auch zur Bekämpfung der Unfallgefahren nötig.

Wohl kann die Arbeiterschaft daneben auf andere Weise zur Bekämpfung der Unfallgefahren beitragen. Einige Fälle sind in diesem Aufsatz erwähnt worden. Die Betriebsräte sollten sich deshalb den ihnen nach § 66 Nr. 8 und § 77 des Betriebsrätegesetzes zugewiesenen Aufgaben mit Ernst und Eifer widmen. Der aussichtsreichste Weg aber ist der über die Lohnfrage und über den Arbeitstag. Das sollte die Arbeiterschaft im Auge behalten.

Durch die Presse ist nun von der Absicht des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung berichtet worden, durch künstlerische Wandbilder in den Arbeits- und Versammlungsräumen auf die Unfallgefahren hinzuweisen, um diese dadurch einzudämmen. Zu diesem Zwecke ist ein Preisausschreiben veranstaltet worden.

Zweifellos können solche Wandbilder eine gute Wirkung

erzielen, und sicherlich werden die Arbeiterorganisationen die gegebene Anregung unterstützen. Jedes Mittel, das Unfallgefahren eindämmen kann, wird der Arbeiterschaft recht sein, denn die Arbeitskraft ist ja ihr einziges Gut, das keine Rente in ihr ersetzen kann. Es gibt in der Erwerbsarbeit der Gefahren und Schädigungen so viele, auch solche mit Folgen ähnlicher Art, wie sie durch Unfälle herbeigeführt werden, die aber immer noch nicht als entschädigungspflichtige Berufsschädigungen nach der Unfallgesetzgebung angesehen werden. Dazu zählen vor allen Dingen die Gesundheitschädigungen durch gewerbliche Gifte, durch Bleiweis, Quecksilber, Milsbrand usw. Wenn also versucht werden soll, durch Wandbilder die Unfallgefahren einzudämmen, so wird die Arbeiterschaft diese Bestrebungen, soweit sie kann, unterstützen.

Wer aber von den älteren Gewerkschaftsmitgliedern denkt bei einem wirkungsvollen Wandbild zur Bekämpfung von Unfällen im Berufe nicht an „das Bild der klagenden Hände“, das am Eröffnungstage der Bauausstellung im Jahre 1913 in Leipzig in dem von den Gewerkschaften errichteten Ausstellungsgebäude zu sehen war, und das auf behördliches Geheiß entfernt werden mußte!

Das Bild zeigte die Photographien der verstümmelten Hände von an Holzbearbeitungsmaschinen verunglückten Arbeitern. Es war vom Holzarbeiterverband in einer Berliner Versammlung solcher Arbeiter aufgenommen worden, die ihre verunglückten Hände emporgehoben hatten, um durch das Bild ihren Kollegen eine Warnung zu geben, und eine Mahnung, für die Beseitigung von Unfallgefahren an Holzbearbeitungsmaschinen zu wirken, und die gleiche Mahnung auch an die in Frage kommenden Behörden und an die öffentliche Meinung richten wollten. Das Bild wirkte geradezu ergreifend, und es wäre sicher auf das öffentliche Gewissen nicht ohne Eindruck geblieben. Es mußte aber entfernt werden, „um den Staat nicht in Gefahr zu bringen!“

„Das Bild der klagenden Hände“ würde sicher auch heute seinen Zweck nicht verfehlen, und es wäre angebracht, dieses Bild und Bilder ähnlicher Art für die gedachte Propaganda zu verwenden. Es dürfte aber auch angebracht sein, durch den Hinweis auf das Schicksal des genannten Bildes der Arbeiterschaft ins Gedächtnis zurückzurufen, in welcher Art die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit die Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des Arbeiterschutzes erschwert worden ist.

Gertrud Hanna.

Mieten oder irgendeiner Form von Spekulation oder Schwindel. Sie sind arbeitslos und leben von einer Rente, aber ich sehe doch einen Unterschied zwischen ihrem Schicksal und dem der beschäftigungslosen Arbeiter. Sie können ausruhen oder „hummeln“ ohne Befürchtungen. Keine nagende Angst quält ihren Geist, sie leben frei vom zerstörenden Element der Furcht.

Die schreckliche Furcht. Als einer, der oft genug kennen lernte, was Arbeitslosigkeit bedeutet, der oft genug voll Angst gewesen ist, kann ich wohl sagen, daß die Furcht eine der schlimmsten Prüfungen für den Menschen ist. Furcht und ihre Schwester — Unsicherheit. Immer voll Angst sein um die nächste Zukunft, immer im Zweifel leben, was jetzt wieder geschehen wird, immer unsicher sein, was man tun, wohin sich wenden soll, das ist eine Qual, mit der verglichen die Martern der Inquisition sanft waren! Aber es gibt noch schlimmere Plagen, die der Arbeitslose erdulden muß. Lesen wir nochmals den Satz Carlyles: Sie erwiderten mein Hinschauen mit einem Blick, der zu sagen schien: „Sieh uns nicht an!“ Er las im düsteren Ausdruck dieser Arbeitslosen keinen Mergel — aber Kummer und Scham. Es ist die Scham, die am tiefsten leiden läßt, die Scham der Nutzlosigkeit in einer geschäftigen Welt, und aus ihr entsteht Verwahrlosung und Verlust der Selbstachtung. Das war es, warum der Blick dieser ehrlichen Arbeiter zu sagen schien: „Sieh uns nicht an.“

Der Wunsch nach Arbeit, nach „irgend etwas zu tun“, wurzelt tief in jeder Menschennatur. Ein Arbeitsloser, den sie von der Werkstätte fortgeschickt, sagte einst zu mir: „Meine Hände jammern nach Arbeit! Sie jammern wie die Brüste einer Frau, wenn sie einen Säugling vor Hunger schreien hört!“ Was ist das für ein Unsinn, wenn wir die Unwissenden in ihrer Überhebenden und spöttischen Art reden hören: „Ach, die Arbeitslosen! Sie werden nie aufhören arbeitslos zu sein, so lange sie in ihrer Faulheit von ihrer Rente leben können.“ Ich glaube nicht, daß auch nur 5 Prozent der Arbeitslosen es vorzögen, in Untätigkeit von einer Rente weiter zu leben. Sieh dir

nur den Mann an, der außer Arbeit war und während einiger Wochen „hummelte“ und darum kämpfte, sich und die Seinen von der Rente durchzubringen. Wir werden an ihm dieselben Zeichen der Verzweiflung finden, wie Carlyle bei den Arbeitslosen von St. Ives, dieselbe Stumpfheit und dasselbe Schweigen, derselbe düstere Ausdruck von Kummer und Scham und Müdigkeit, derselbe Blick, der zu sagen scheint: „Sieh mich nicht an!“ Und dieser Verfall von Geist und Charakter ist mit körperlichem Verfall vereint, so daß, wenn endlich Arbeit für ihn kommt, er sie kaum übernehmen kann. Nach wenigen Minuten muß er aussetzen, er kämpft nach Luft und kann nicht weiter.

In der Arbeit selbst, ganz abgesehen vom Lebensunterhalt und Unabhängigkeit, liegt Befriedigung, reine geistige Gesundheit. Vor meinem Fenster baut eine Arbeitergruppe an einem neuen Haus. Wenn sie den Boden für das Fundament aufgraben, sind sie wie Kinder, die Schlöffer und Gräben in den Sand machen — in meinem langen Leben kannte ich keine größere Freude. Sie fügen die Ziegel aneinander, sie behauen und fügen die Balken, wie Kinder, die ein Puppenhäuschen bauen. Sie klettern auf die Dächer, an Steilwänden, die unsere kühnsten Bergsteiger zittern machen. Sie klettern ohne Eisenart oder Seile oder irgendeinen Stützpunkt für den Fuß, außer den schmalen Ritzen zwischen dem Mauerwerk, und tragen beim Steigen auf Kopf oder Schultern schwere Lasten von Ziegeln. Wenn der Steigende den höchsten Punkt erreicht, wirft ihm ein anderer, der gleichfalls an gefährlicher Stelle unter ihm hält, Steine oder Ziegel zu, die er in einer leichten und unbekümmerten Art auffängt, ohne Beifall zu erwarten. Oder hast du Arbeiter gesehen, wie sie sich rotglühende Nieten zuwerfen und auffangen mit ihren Eisenzangen, während sie auf steilen Eisengerüsten sitzen? Nicht, was unsere Ballspieler und Sportleute leisten, kommt dem an Geschicklichkeit und Gefahr gleich, und wenn Sie wissen wollen, was Arbeit bedeutet, rate ich Ihnen, es zu versuchen. Nicht alle Arbeit ist so interessant, so gefährlich, so spannend wie diese, das weiß ich natürlich. Aber alles, was ich

Die II. Internationale Arbeiterbildungskonferenz.

(IGB.) Die 2. Internationale Arbeiterbildungskonferenz, die vom 15.—17. August in Oxford tagte, nahm nachstehende Resolutionen an:

Gründung einer Arbeiterbildungs-Internationale.

Zur Unterstützung der Arbeiterbildungsorganisationen in den verschiedenen Ländern sowie im Interesse der Vereinheitlichung ihrer Wirksamkeit beschließt die Intern. Arbeiterbildungskonferenz die Gründung einer Internationalen Föderation von Arbeiterorganisationen, die sich mit dem Problem der Arbeiterbildung befassen. Die Konferenz ernennt zu diesem Zwecke ein internationales Bildungskomitee, das den Auftrag erhält, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund Statuten für eine internationale Arbeiterbildungsföderation aufzustellen. Diese sollen einer vom Komitee anzuberaumenden Gründungskonferenz unterbreitet werden. Das Komitee soll sich aus 7 Mitgliedern zusammensetzen und von der Internationalen Arbeiterbildungskonferenz gewählt werden.

Die Konferenz ersucht den Internationalen Gewerkschaftsbund, bis zur definitiven Gründung der Arbeiterbildungs-Internationale die Aufgabe der Koordinierung der Bildungsorganisationen in den verschiedenen Ländern fortzusetzen.

Die Konferenz beauftragt das bis dahin unter den Auspizien des IGB. arbeitende Internationale Arbeiterbildungskomitee, sich bei der Ausarbeitung der Statuten für die Arbeiterbildungs-Internationale mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der Genossenschafts-Internationale, der Sozialistischen Erziehungs-Internationale und der Sozialistischen Jugend-Internationale ins Einvernehmen zu setzen.

Internationaler Arbeiterbildungstag.

Die Internationale Arbeiterbildungskonferenz hält es für äußerst wünschenswert, neben der Förderung der Zuwendungen und Beschaffung von Beiträgen angeschlossener Körperschaften jedes Jahr einen Tag der Propaganda-Arbeit für die Arbeiterbildung sowie der speziellen Sammlung von Beiträgen zum Ausbau derselben zu widmen. Sie beauftragt deshalb das Internationale Arbeiterbildungskomitee, sich mit allen interessierten Organisationen (gewerkschaftliche Landeszentralen, Genossenschaftszentralen, Bildungszentralen und Institutionen) in Verbindung zu setzen, um einen bestimmten Tag für die Sammlung von Beiträgen zur Bildung eines Internationalen Arbeiterbildungsfonds festzulegen. Die Gelder dieses Fonds sollen u. a. für folgende Zwecke verwendet werden:

1. Sammlung und Zusammenstellung von Informationen über Organisationen, die sich mit Arbeiterbildung befassen.
2. Herausgabe einer Zeitschrift und anderer Berichte; Uebersetzung von Publikationen, die für die Arbeiterbildungsorganisationen von Interesse sind.

sagen will, ist, daß im Vergleich zu der langweiligsten, stumpfsinnigsten, einförmigsten Arbeit Arbeitslosigkeit wie ein Stück aus Dantes Hölle ist, und daß Kritiker, die behaupten, der Arbeiter zöge sie der Arbeit vor, die Menschen belügen.

(Uebersetzung aus dem „New Leader“.)

Der Zahltag.

Eine Idylle von Martin Andersen Nexø.

Droben auf den Hügeln steht der Wald im tiefen Winterschlaf, weiß und unförmlich, über und über in den flaumigen weißen Winterschnee gehüllt; nur wo ein Vogel gerastet und den Schnee abgeschüttelt hat, guckt ein kahler schwarzer Ast unheimlich hervor. Auch die tiefen Schluchten, die ebene Heide und die kahlen Felswände sind zugesneit. Der schlanke zypressenähnliche Wacholder neigt sich unter einem Berg weißer Kristalle, und die Beeren des Schlehenstrauches reifen langsam unter der gelinden Kälte ihrer Decke.

In dem großen Steinbruch unterhalb des Hügels liegt hoher Schnee. Die Arbeiter müssen diesen erst wegschaufeln und fort-schaffen, um zu den Felsen zu gelangen. Von den Wurzeln der Eannern, die über den oberen Rand des Steinbruches hinausragen, hängen lange Eiszapfen herab.

Wohin der Blick auch schweift, an dem Gestrüpp vorbei, über die Wiesen hin, auf denen die Jungen Schlittschuh laufen, über die Felder bis zu dem eine halbe Meile entfernten, mit Erbeis bedeckten Meere liegt Schnee, Schnee, Schnee. Und die Sonne scheint auf das Ganze herab, so freundlich, so blaß, so matt und kraftlos wie das Lächeln einer Großmutter.

Am Strande drunten liegt ein kleiner Ort. Er verdankt dem Dasein den Felsen, und die Fenster der Häuser wenden sich wie wachsame Augen dem Steinbruch zu, wo die Ernährer tätig sind. Der Boden ist schlecht, er besteht fast nur aus Steinen. Aber sogar Steine werden zu Brot und geben einem von

3. Förderung des Austausches von Studenten und Lehrern zwischen den verschiedenen Ländern.

4. Förderung der Organisierung von Sommerschulen.

5. Errichtung einer Internationalen Arbeiterhochschule.

6. Deckung der Ausgaben, die sich bei der Durchführung dieser Pläne ergeben.

Die Konferenz wendet sich an alle an der Arbeiterbildung interessierten Instanzen und fordert sie auf, ihr Möglichstes zur erfolgreichen Organisierung eines Arbeiterbildungstages beizutragen.

Zentralstelle für Arbeiterpsychologie.

Die Konferenz bezeichnet es als Aufgabe einer zu gründenden Arbeiterbildungs-Internationale, gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und gegebenenfalls mit andern, dem Arbeiterinteresse dienenden internationalen Institutionen und Organisationen, die Frage der Schaffung einer Zentralstelle für Erforschung der Arbeiterpsychologie und der Arbeiterpädagogik zu prüfen. In den Arbeitskreis dieser Zentralstelle müßte unter andern gehören:

a) Die Herausgabe von wissenschaftlichen Publikationen über Arbeiterpsychologie und Arbeiterpädagogik.

b) Die Herausgabe von Lehrbüchern und Lehrmaterial für Arbeitererziehung.

c) Der Austausch von Erfahrungen im Arbeiterbildungswesen durch eine besondere internationale Zeitschrift.

d) Die Herausgabe einer wissenschaftlichen Korrespondenz für Arbeiterbildungsfragen.

Das Internationale Bildungskomitee wird beauftragt, der nächsten internationalen Arbeiterbildungskonferenz über diese Frage und die zu ihrer Verwirklichung unternommenen Schritte zu berichten.

In das Internationale Bildungskomitee wurden folgende Mitglieder gewählt: J. W. Brown, E. B. Bramsnaes, M. Jauriau, E. Mertens, Spencer Miller und R. Weimann.

Aus der Betriebsrätepraxis.

Hat die Zustimmung der Arbeitsgerichte zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes rückwirkende Kraft?

Entscheidung: 5. Zivilsenat vom 12. April 1924.

Es handelt sich vorwiegend um die in Schrifttum und Rechtsprechung streitige Frage, von welchem Zeitpunkt ab die Kündigungsfrist bei Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes zu laufen beginnt, wenn gemäß § 97 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 die Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung durch den Spruch des Schlichtungsausschusses ersetzt wird, mit anderen Worten darum, ob dem Spruche des Schlichtungsausschusses rückwirkende Kraft auf den Zeitpunkt

Woche zu Woche, was man zum Leben braucht, manchmal weniger, niemals mehr. Doch in der Regel reicht es.

Die Dächer des kleinen Ortes leuchten rot durch den weißen Schnee. Rot und weiß — man konnte fast meinen, es sei zu Ehren der Armut geflaggt worden.

Jetzt geht die Sonne weit drüben im Westen unter, über dem weißen Land liegt ein leichter rosiger Schimmer. Und aus jedem Schornstein des Fleckens steigt Rauch — blauer Rauch — herzengerade in die Luft, als würden die bescheidenen Brandopfer aus Tang, Rasenstücken und Ruhmst gnädigt von den launischen Göttern angenommen.

Die Ruhfladen krümmen sich, der Tang knistert, und das Samstagfeuer flammt auf, sehr bereit, das zuzubereiten, was der Ernährer auf dem Heimweg gekauft hat. Die Kinder beobachten erwartungsvoll das Feuer, das sich in ihren großen Augen und laufenden Näschchen widerspiegelt. Die Mütter treten immer wieder unruhig ans Küchenfenster. Jetzt ist die Sonne untergegangen: die Heimkehrenden sollten schon unterwegs sein!

Man kann den Weg in seinen Zickzacklinien fast bis zum Steinbruch verfolgen. Wo bleibt nur die sich bewegende Linie, die sonst um die Tageszeit da herunterkommt? Sie werden doch nicht unterwegs irgendwo eingekehrt sein? Barmherziger Himmel! Nur das nicht!

Die eine und andere von den Frauen faltet von Sorge übermannt plötzlich die Hände oder stößt einen derben Fluch aus, da und dort weint ein Kind vor Hunger — man kann es weithin hören.

Die Arbeiter haben die Sonne untergehen und aus ihren Häuschen den Rauch aufsteigen sehen. Sie haben aufgeräumt und ihr Handwerkszeug beiseite gelegt; jetzt stehen sie in kleinen Gruppen beisammen und warten auf ihren Brotherrn. Am Fuße des Hügels liegt das Herrenhaus, von dort her muß er kommen. Zum Ruckuck, warum erhält man seine sauer ver-

